



Antrag

der Fraktion der SPD

Europa gemeinsam gestalten!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Europäische Union steht vor wichtigen Entscheidungen und Weichenstellungen. Der Brexit wird Auswirkungen auf die EU der 27 Staaten und konkrete Folgen für die Menschen haben. 2019 wird es ein neu zusammengesetztes Europäisches Parlament und eine neue EU-Kommission geben. 2020 beginnt eine neue EU-Förderperiode. Die Anlässe fordern dazu auf, Europa gemeinsam so zu gestalten, dass die zentralen Errungenschaften der EU Frieden, Freiheit und Wohlstand auch künftig gewahrt bleiben. Das Europa von heute ist keine Selbstverständlichkeit. Europa ist das Zukunftsprojekt für die Menschen auf unserem Kontinent. Jetzt ist die Chance und die Notwendigkeit, mit den Menschen Europa sozialer, innovativer und bürgernäher zu gestalten. Ein Europa der Zukunft braucht eine Balance zwischen wirtschaftlichen Freiheiten und sozialen Rechten, um solidarisch und auf der Grundlage der europäischen Werte geeint allen Menschen in Europa ein friedliches und zufriedenes Leben zu ermöglichen. Abschottung und nationale Alleingänge führen zu einer Spaltung der Union und zu Isolation. Wachsendem Rechtspopulismus und Nationalismus muss entschieden entgegengetreten werden.

Soziales Europa

— Die Europäische Säule der sozialen Rechte muss mit einer verbindlichen europäischen Sozialagenda umgesetzt werden. Nur in einem Europa, das auch die sozialen Belange der Menschen im Blick hat und diese anspricht und regelt, kann Frieden und Wohlstand erhalten und ausgebaut werden. Europa braucht neben der Wirtschaftsunion endlich auch die Sozialunion. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass

- ein europäischer Mindestlohn eingeführt wird und soziale Mindeststandards für nationale Grundsicherungssysteme durchgesetzt werden,
- überall in Europa Frauen und Männern der gleiche Lohn für die gleiche Arbeit am gleichen Ort gezahlt wird und Lohn- und Sozialdumping effektiv bekämpft wird,
- Beratungs- und Informationsangebote für grenzüberschreitend Beschäftigte ausgeweitet wird,
- die Sozial- und Arbeitsschutzstandards gestärkt und durchgesetzt werden,
- die Mitbestimmung und Rolle der Gewerkschaften verbessert wird,
- Maßnahmen zur effektiven Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit durchgesetzt werden
- die Digitalisierung der Arbeit im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gestaltet wird,
- der Mehrjährige Finanzrahmen ab 2021 ausreichend Mittel zur Umsetzung der Europäischen Sozialunion enthält.

Gemeinsame Friedenspolitik

Frieden ist keine Selbstverständlichkeit. Ihn zu sichern ist nur gemeinsam möglich. Europa braucht eine gemeinsame Friedenspolitik. Dazu gehört die Durchsetzung des internationalen Rechts, Abrüstung und die Erarbeitung multilateraler Lösungen. Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass

- Rüstungsexporte gemeinsam organisiert, eingeschränkt und effektiv kontrolliert werden,
- es zur Stärkung der zivilen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein ziviles europäisches Stabilisierungscorps gibt,
- das Amt des europäischen Außenministers gestärkt und weiterentwickelt und das Einstimmigkeitsprinzip bei außenpolitischen Entscheidungen abgeschafft wird.

Gerechte Steuerpolitik

Für den sozialen Zusammenhalt in Europa ist es notwendig, dass es eine gerechte Steuerpolitik gibt. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass

- eine angemessene Besteuerung großer Unternehmen und Mindeststeuersätze eingeführt und durchgesetzt werden und Steuerkriminalität und Steuerdumping beendet wird,
- es eine gemeinsame europäische Lösung für die Besteuerung digitaler Unternehmen gibt
- die Finanztransaktionssteuer eingeführt wird.

Nachhaltige Wirtschaftspolitik, Innovation und Klimaschutz

Europas Wirtschaft muss sich nachhaltig ausrichten und verstärkt in Innovation in diesem Bereich investieren, um wettbewerbsfähig zu bleiben und sich gleichzeitig ihrer gesellschaftlichen Verantwortung für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zu stellen und mehr Lebensqualität für alle Menschen zu erreichen. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass

- eine europäische Wirtschaftsregierung für den Euro-Raum eingerichtet wird und ein gemeinsames Konzept gegen den Fachkräftemangel erarbeitet und umgesetzt wird
- ausreichend Mittel zur Förderung von Forschung und Innovation in den Bereichen nachhaltiges Wirtschaften und Digitalisierung zur Verfügung stehen
- der Mensch im Mittelpunkt der Digitalisierung steht
- stärkere Anstrengungen unternommen werden, die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen. Dazu soll das europäische Klimaschutzziel auf 45 Prozent Treibhausgasminderung bis 2030 angehoben werden und der Kohleausstieg beschleunigt umgesetzt werden.

Humanitäre Flüchtlingspolitik und legale Einwanderung

Asyl ist ein Menschenrecht. Die Aufnahme von Flüchtlingen entspricht den Werten der EU. Alle Mitgliedstaaten müssen ihrer humanitären Verantwortung gerecht werden. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass

- vor Verfolgung Schutz suchende Menschen gerecht auf die einzelnen Mitgliedstaaten verteilt werden,
- die Asylverfahren in den Mitgliedstaaten vereinheitlicht und beschleunigt werden,
- ein gemeinsames System der legalen Einwanderung nach Europa geschaffen wird.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, mit einer fairen Handels-, Agrar- und Fischereipolitik ihren Beitrag zur Bekämpfung von Fluchtursachen zu leisten.

Bernd Heinemann
und Fraktion